

D-1 Dringlichkeitsantrag: Wehrpflicht? Nein, danke! - Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 17.11.2025

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedenes

Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigt sich, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten mehr sind. Auch Deutschland steht zunehmend im Fokus hybrider Bedrohungen: von Cyberangriffen über Desinformation bis hin zu Versuchen gezielter gesellschaftlicher Destabilisierung. Wir nehmen diese veränderte sicherheitspolitische Lage ernst, ebenso wie die damit verbundenen Sorgen und Ängste der Bevölkerung.

Diese Realität markiert eine echte sicherheitspolitische Zeitenwende, eine Zäsur, die von uns verlangt, Wehrhaftigkeit und Resilienz neu zu denken. Doch eine Zeitenwende bedeutet nicht automatisch die Rückkehr zu alten und überholten Konzepten, wie die Bundesregierung sie plant.

Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDMoG). Angelehnt an das Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden weiterhin debattiert.

Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der Wehrpflicht oder die Einführung anderweitiger Pflichtdienste entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen Kreisen gefordert wird, ist ein gesellschaftspolitischer Rückschritt und steht in klarem Widerspruch zu unseren Grundwerten von Selbstbestimmung und Freiheit. Stattdessen setzen wir darauf, bestehende Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken, bestehende Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und Zusammenhalt ermöglichen, zu stärken.

Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg

In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen: Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.

Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen. Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise erleben. Hinzu kommt der jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,

42 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits heute ausbaden
43 müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen seit Jahren schwächen.

44 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst
45 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die Verteidigungsfähigkeit
46 Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre hinweg elementare
47 gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von jungen Menschen zu verlangen,
48 die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte auszubügeln und die gesellschaftliche
49 Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse,
50 Chancen und Lebensrealitäten politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den
51 Grundwert der Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

52 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der Staat im
53 Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter*innen unserer demokratischen
54 Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie selbstbestimmt handeln können und eine
55 Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen,
56 sind staatliche Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven
57 ignorieren.

58 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

59 Strukturell verfügt die Bundeswehr derzeit weder über die notwendige Infrastruktur noch über
60 ausreichende personelle Kapazitäten, um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht überhaupt
61 sinnvoll umsetzen zu können. Es mangelt an Ausbilder*innen, an Material, an Unterkünften, an
62 modernen Übungsplätzen und an flexiblen Organisationsstrukturen. Hinzu kommen massive
63 Probleme im Beschaffungswesen.

64 Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle Problemen: Immer wieder rücken
65 rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr, insbesondere im KSK, in den Fokus. Berichte über
66 Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit zeigen, dass die Bundeswehr strukturell noch weit
67 von einem inklusiven, diskriminierungsfreien Umfeld entfernt ist. Anstatt junge Menschen in
68 solche Strukturen zu zwingen, braucht es konsequente Aufarbeitung und transparente
69 Kontrollmechanismen. Darüber hinaus braucht es eine umfassende und verpflichtende
70 Weiterbildung aller Angehörigen der Bundeswehr zu Diskriminierung, Vielfalt und
71 demokratischer Kultur. Wer in staatlicher Verantwortung steht und mit Waffen ausgebildet
72 wird, muss für Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede andere Form
73 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert werden.

74 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld darstellt, zeigt
75 sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den ersten Dienstmonaten. Diese Quote
76 ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer
77 Generation.

78 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

79 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem und wird
80 sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der Pflege, in Kitas, in
81 der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen fehlen qualifizierte
82 Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen
83 gibt, die grundsätzlich bereit wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der
84 Staat seit Jahren darin versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für
85 Beschäftigte im sozialen Bereich zu schaffen.

86 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die strukturellen
87 Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand für Supervision,

88 Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde bestehende Engpässe eher
89 verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden Lösungsansätzen durch zum Beispiel
90 Investitionen in Bildung und Ausbildung werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als
91 Leidtragenden vorgeschlagen. Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von
92 Freiwilligendiensten wie der Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt
93 entschlossen gegen eine Dienstpflicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstpflicht
94 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen Aufwand und die
95 Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch so einen Eingriff abgewertet
96 werden.

97 Freiwilligendienste strukturell und langfristig stärken

98 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von
99 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem Bundesfreiwilligendienst
100 (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ). Zumeist sind es junge Menschen, die
101 sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des gesellschaftlichen Engagements entscheiden und
102 Tag für Tag Verantwortung übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen,
103 begleiten Kinder und Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im
104 Alltag oder setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

105 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige
106 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende Erfahrungen.
107 Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche Perspektiven, lernen ihre
108 eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein starkes Bewusstsein für
109 gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen aus diesem Engagement langfristige
110 berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die weit über das eigentliche Dienstjahr
111 hinausreichen.

112 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen, gesellschaftliche
113 Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik muss diese Bereitschaft stärken,
114 statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen. Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es
115 verlässliche finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von
116 Leistungen und niedrige Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig
117 engagieren wollen.

118 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um eine
119 ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei Freiwilligendiensten
120 von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im Vergleich zum Vorjahr sind. Und
121 für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei langem nicht aus um sich das Leben zu
122 finanzieren - schon gar nicht in einer Stadt wie Berlin!

123 Angesichts dieser Umstände braucht es eine langfristige Absicherung der Träger, die
124 Freiwilligendienste organisieren und begleiten: verlässliche Finanzierung, hochwertige
125 pädagogische Betreuung und klare Qualitätsstandards. Nur so können Freiwilligendienste ihrer
126 gesellschaftlichen Bedeutung gerecht werden und jungen Menschen echte Chancen eröffnen.

127 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

- 128 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst
 - 129 ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein gesetzlich
 - 130 verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und dies unabhängig vom
 - 131 Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.
- 132 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten
 - 133 ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die sich am BAföG-
 - 134 Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt finanziert wird. So kann
 - 135 Chancengleichheit erhöht werden und sozialer Ungleichheit entgegengewirkt
 - 136 werden.
- 137 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen
 - 138 ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets für
 - 139 Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des Weiteren müssen
 - 140 Freiwillige Anspruch auf die gleichen Vergünstigungen wie Senior*innen oder
 - 141 Studierende erhalten.
- 142 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen
 - 143 ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem
 - 144 Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten*in an alle Schulabgänger*innen.
 - 145 Damit soll Menschen geholfen werden, einen Überblick über die Vielfalt und die
 - 146 Möglichkeiten bestehender Programme zu erhalten.

147 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen Defizite in der
148 Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist klar: Pflichtdienste oder
149 die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen
150 nicht Zwangsdienste leisten, um politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume
151 erhalten, in denen sie freiwillig Verantwortung übernehmen können. Bündnis 90/Die Grünen
152 Berlin stehen deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,
153 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.

Begründung

Die Einigung der Bundesregierung am 13. November 2025 ist erst nach Ablauf der Antragsfrist und der Änderungsantragsfrist zustande gekommen. Als Partei und als Landesverband brauchen wir daher umgehend eine klare Positionierung in dieser Frage, um den Menschen in dieser Stadt, insbesondere den jungen Menschen, Orientierung und politische Verlässlichkeit zu bieten.

Die geplanten Regelungen greifen tief in die Selbstbestimmung junger Menschen ein und sind mit unseren Grundwerten von Freiheit, Selbstbestimmung und Generationengerechtigkeit unvereinbar. Gleichzeitig adressieren sie weder die tatsächlichen Herausforderungen für die Bundeswehr noch die strukturellen Defizite im sozialen Bereich. Statt junge Menschen in Pflichtdienste zu zwingen, sollten wir ihre Bereitschaft zu freiwilligem gesellschaftlichem Engagement stärken und ihnen echte Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dies kann nur mit struktureller Förderung von bestehenden Programmen und Angeboten geschehen.

Quellen:

<https://presseportal.greenpeace.de/255453-greenpeace-umfrage-mehrheit-der-jugendlichen-sieht-grundrechte-durch-wehrpflicht-bedroht/>

<https://www.morgenpost.de/politik/article241831850/Nie-mehr-Wehrpflicht-Drei-Gruende-warum-sie-ein-Fehler-waere.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/wehrpflicht-bundeswehr-wehrdienst-modernisierungsgesetz-kriegsdienstverweigerung-100.html>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/wehrdienst-gesetz-musterung-jahrgaenge-verdienst-verweigern-fragen-antworten-li.3335253>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/personalmangel-bundeswehr-schrumpfen-abbrecher-boris-pistorius>

<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/bundeswehr-rechtsextremismus-134.html>

<https://taz.de/97-Rechtsextreme-aus-der-Armee-entlassen!/6106422/>

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Paritaetische_Position_zur_moeglichen_Wiedereinfuehrung_der_Wehrpflicht_und_des_Zivildienstes.pdf

<https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/juni/pflicht-oder-freiwilligkeit-argumente-zur-dienstpflichtdebatte>

<https://www.diakonie.de/informieren/bundeshaushalt-2026>

<https://www.bundes-freiwilligendienst.de/news/haushaltskuerzungen-2025-wie-die-reduzierung-der-mittel-fuer-freiwilligendienste-die-stellenangebote-beeinflusst/>

D-2 Dringlichkeitsantrag: „Listen to the Science!“ Gemeinsam in Berlin für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: LAG Migration & Flucht

Beschlussdatum: 19.11.2025

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedenes

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die der Wissenschaft zuhört: „Listen to the
2 Science!“

3 Unsere Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft setzt auf Aufklärung. Dabei
4 lassen wir uns von Wissenschaftler*innen beraten.

5 Gesetzesvorhaben prüfen wir dahingehend, ob sie mit Grund- und Europarecht in Einklang
6 stehen. Das gilt auch für die beiden Gesetzentwürfe der schwarz-roten Bundesregierung zur
7 Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
8 (GEAS).

9 Am 3. November 2025 hat sich der Sachverständigenrat für Integration und Migration zu den
10 Gesetzentwürfen der Bundesregierung für ein GEAS-Anpassungsgesetz sowie ein GEAS-
11 Anpassungsfolgesgesetz zu Wort gemeldet. Der Sachverständigenrat äußert dabei scharfe Kritik
12 an den geplanten gesetzlichen Neuregelungen im Bereich „freiheitsbeschränkender und
13 freiheitsentziehender Maßnahmen, die aus unserer Sicht für eine wirksame Umsetzung der GEAS-
14 Reform weder zwingend erforderlich noch förderlich“ seien (Prof. Dr. Birgit Glorius,
15 Stellvertretende Vorsitzende).

16 Darüber hinaus legt der Sachverständigenrat besonderes Augenmerk auf die wirksame Umsetzung
17 des unabhängigen Menschenrechts-Monitorings gemäß Artikel 10 der neuen Screening-Verordnung:
18 „Ein flächendeckender und unabhängiger Monitoring-Mechanismus, also ein systematisches
19 Kontrollsystem, das die Einhaltung der Grundrechte überwacht, ist besonders wichtig,
20 insbesondere da Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Screening-Verfahren ausgeschlossen ist.
21 Hier sollte der Gesetzgeber im parlamentarischen Verfahren dringend nachsteuern“ (Prof. Dr.
22 Winfried Kluth, Vorsitzender).

23 Als Landesverband Berlin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließen wir uns diesen Forderungen des
24 Sachverständigenrats vorbehaltlos an. Dies gilt auch mit Blick auf die neuen
25 europarechtlichen Verpflichtungen der Länder, in ihren Aufnahmeeinrichtungen künftig
26 geeignete Vorkehrungen zu treffen, um die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen besser
27 berücksichtigen zu können: „Einrichtungen für entsprechende Fallzahlen müssen auch gebaut
28 oder bestehende ertüchtigt und mit mehr Personal betrieben werden. Es liegt jetzt bei den
29 Ländern, das umzusetzen“ (Prof. Dr. Kluth).

30 Für uns ist klar: Menschen dürfen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Das
31 GEAS-Anpassungsgesetz muss so ausgestaltet werden, dass jede Form der Inhaftierung von
32 Kindern ausgeschlossen wird. Kinder müssen kindgerecht untergebracht und versorgt werden.
33 Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.

34 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der Bundesrepublik
35 Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA)
36 entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen Nationalen Menschenrechtsinstitution
37 Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung
38 gestellt werden.

- 39 Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder, queerer Menschen
40 oder Menschen mit Behinderung müssen im Aufnahme- und Asylverfahren berücksichtigt werden.
41 Bei der Durchführung der neuen Screening-Verfahren ist sicherzustellen, dass die
42 entscheidende Bewertung der Vulnerabilität von entsprechend qualifiziertem Fachpersonal
43 außerhalb der Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.

Begründung

Die Migrations- und Asylpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN basiert – analog zur Klimapolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – auf dem Prinzip: „Listen to the Science!“. Vgl. dazu im Einzelnen den BDK-Beschluss „Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft“ vom 16. November 2024: https://gruene.berlin/nachrichten-lag-migration-flucht/bdk-beschluss-fuer-eine-migrations-und-asylpolitik-der-humanitaeren-vernunft_3476, „1. Säule: listen to the science“.

Die in diesem Antrag erhobenen Forderungen zu den Themenkomplexen Haft, Menschenrechts-Monitoring und Vulnerabilitätsprüfungen entsprechen 1:1 der Beschlusslage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung. Er wird vollständig institutionell vom Bund gefördert. Das Bundesministerium des Innern hat die Finanzierung übernommen. Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de

Begründung der Dringlichkeit

Der unabhängige und interdisziplinär besetzte Sachverständigenrat für Integration und Migration hat seine Positionen zum sogenannten GEAS-Anpassungsgesetz-Entwurf und GEAS-Anpassungsfolgesgesetz-Entwurf der Bundesregierung erst am 3. November 2025, d.h. nach Ablauf der Antragsfrist, veröffentlicht: <https://www.svr-migration.de/presse/geas-anpassung/> Die im Antrag dargelegten Positionen des Sachverständigenrats sind außerordentlich wichtig und sollten – gemäß Beschlusslage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – unbedingt berücksichtigt werden.

Die Regierungsentwürfe zum GEAS-Anpassungsgesetz und GEAS-Anpassungsfolgesgesetz stellen die bedeutendsten und mit Abstand härtesten Reformen im Bereich Asyl seit über 30 Jahren dar. Trotz erheblicher Bedenken und Vorbehalte gegenüber den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfen soll die Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems nach dem Willen von CDU, CSU und SPD „noch in diesem Jahr“ vollzogen werden (Koalitionsvertrag 2025 von CDU, CSU und SPD, S. 94).